

Diese Maßnahmen sollen in den nächsten Monaten noch weiter vervollkommen werden.

Die Monopole befinden sich mit den angekündigten Repressalien in voller Übereinstimmung mit dem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Schiller, der sie aufgefordert hatte, das staatsmonopolistische Wirtschaftssystem „mit Klauen und Nägeln“ zu verteidigen. Schiller entspricht den Forderungen der Unternehmerverbände, wenn er erklärt, daß die Bonner Regierung die staatsmonopolistische Ordnung als „die Grundlage aller Wirtschafts-

und Gesellschaftspolitik“ betrachtet, an deren Maßstäben sie ihr Handeln ausrichtet.

Entsprechend diesen Erklärungen sind auch in dem von der Bonner Regierung im Dezember 1970 vorgelegten Gesetzentwurf für eine neue Betriebsverfassung echte Mitbestimmung gsmöglichkei ten im Machtbereich der Monopole ausgeklammert worden. Im Ergebnis der Zugeständnisse der sozialdemokratischen Minister an die Interessen des Monopolkapitals blieben die Interessen der Arbeiter und Angestellten, ihrer Betriebsräte und Gewerkschaften auf der Strecke.

Massive Formierung der rechtsextremen Kräfte

Verbunden mit den Angriffen der Monopole auf entscheidende demokratische Grundrechte der Werk tätigen erfolgt in der BRD eine massive Formierung nationalistischer und revanchistischer Kräfte. An ihrer Spitze steht Franz Joseph Strauß. Auf dem CSU-Parteitag in München hatte, er sich selbst als „Führer des Rechtskartells“ in Empfehlung gebracht. Bereits im November 1969 fand ein Treffen zwischen Strauß und namhaften Vertretern der Großindustrie statt, auf der die Linie zur Formierung der „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes“ festgelegt wurde. Die Großindustriellen Herbert Quandt und Friedrich Karl Flick versicherten, sie würden „Franz Joseph Strauß persönliche und finanzielle Hilfe zur Verfügung stellen“. Unmittelbar damit setzte die massive Formierung der rechtsextremen Kräfte in der BRD ein.

— 1969 kam sie besonders in der Bildung der sogenannten „Freundeskreise der CSU“ sowie in der Gründung „National-Liberale Aktion“ (NLA)

zum Ausdruck. Die Formierung des reaktionären Rechtskartells fand 1970 — unbeheligt durch die sozialdemokratisch geführte Regierung ihre Fortsetzung.

— Im Juni 1970 fand eine Zusammenkunft des bayerischen CSU-Ministerpräsidenten Goppel mit Offizieren der Bundeswehr und Vertretern der SS-Nachfolgeorganisation „HIAG“ statt. Die verstärkte Zusammenarbeit der gut organisierten ehemaligen SS-Angehörigen mit den anderen Rechtskräften wird allmonatlich auf über 50 HIAG-Treffen erörtert.

— Am 31. Oktober 1970 rotete sich in Würzburg die militant-antikommunistische „Aktion Widerstand“ zusammen. Organisierte Schlägertrupps wüteten unter dem Schutz der Polizei gegen demokratische Kräfte. Mit Terrorüberfällen versuchten sie den Leitsatz ihres Manifestes zu demonstrieren, das nach Goebbelscher Manier vorgibt, „die Ehre der Nation“ gegen „den Weltbolschewismus“ zu verteidigen. Einberufer und Teil-

nehmer dieser sogenannten Gründungskundgebung der neofaschistischen Aktion waren 34 nationalistische und rechtsextreme Organisationen mit der NPD, den Revanchistenverbänden und den Mitgliedern der Freundeskreise der CSU an der Spitze.

— Am 18. November 1970 wurde in Bad Godesberg der reaktionäre Hochschulbund, der sich „Freiheit der Wissenschaft“ nennt, gebildet. Das Ziel dieses Bundes, der aus Spenden der Konzerne finanziert wird, besteht in der Niederhaltung der demokratischen Bestrebungen an den Hochschulen und Universitäten und ihrer Zuführung in die Straußsche Sammlungsbelegung des Rechtskartells.

In dieser Zeit, in der sich die äußerste Reaktion organisiert, häufen sich die Fälle faschistischer Terroranschläge gegen Büros und Einrichtungen der DKP, des DGB, der Falken und anderer Organisationen.

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ schreibt: „Deutschlands extreme Rechte schöpft neue Hoffnung. Was Adolf von Thaddens NPD bisher nicht schaffte, könnte nun eine Allianz zwischen der CSU des Franz Joseph Strauß und der National-Liberalen Aktion (NLA) des Strauß-Spezi Siegfried Zoglmann erreichen: eine Sammlung von Nationalisten, Vertriebenen-Ultras, alten Nazis und neuen Reaktionären mit Sitz und Stimme im Bundestag.“

Die Gewerkschaften der BRD und andere demokratische Kräfte warnen vor dieser gefährlichen Entwicklung, die sie völlig zu Recht mit der Bildung der Harzburger Front vergleichen, die sich 1931, zwei Jahre vor der offenen Errichtung der faschistischen Diktatur, gebildet hatte. Doch die sozialdemokratischen Minister